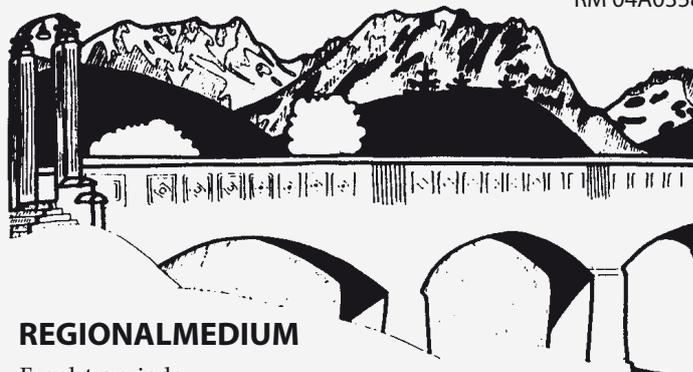


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 4, März 2020



REGIONALMEDIUM

Ergeht an jede
Postabgabestelle in Trofaiach

Es geht um Viel!

Bei der Gemeinderatswahl am 22. März geht es um viel! Es geht um Mieten, die sich alle leisten können, um billigere Kinderkrippen, um die S-Bahn nach Trofaiach und um billigere Gebühren für Müll, Wasser und Kanal.

Die Bürgermeisterpartei sagt, die KPÖ wäre eine „Nein-Sager“-Partei. Gleichzeitig hat die Bürgermeisterpartei während der letzten Jahre dutzende Anträge und Vorschläge der KPÖ, die das Leben der Trofaiacher Bevölkerung verbessern sollten, niedergestimmt.

Eines stimmt: Wenn es um Belastungen für die Tro-

faiacher Bevölkerung geht, sagt die KPÖ konsequent „Nein“!

Der Trofaiacher Gemeinderat hat 31 Mitglieder, die KPÖ hat fünf Mandate. Gabi Leitenbauer ist auch als Vizebürgermeisterin in der siebenköpfigen Stadtregierung, dem Stadtrat, vertreten.

Damit Gabi Leitenbauer Vizebürgermeisterin bleibt

Erst seit dem Einzug der KPÖ in den Stadtrat, dessen Sitzungen für Zuhörer nicht zugänglich sind, wird die Bevölkerung über die dort gefassten Beschlüsse durch die Zeitung „Trofaiacher

Nachrichten,“ informiert. Vorher war die SPÖ hier unter sich.

Um weiterhin als Vizebürgermeisterin im Stadtrat vertreten zu sein, braucht Gabi Leitenbauer Ihre Hilfe. Bitte denken Sie am 22. März daran!

Bessere Busanbindung für die Nordsiedlung?

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung fragten wir unsere Leserinnen und Leser ob Sie mit den Busverbindungen in der Nordsiedlung zufrieden sind. Aus einigen Zuschriften möchten wir zitieren.

„Wir würden uns freuen, wenn die Busverbindung am Samstag wieder so läuft wie früher.“

H.S., 8793 Trofaiach

„Die Busverbindung nach Norden sollte auch am Samstag wie am Sonntag funktionieren.“

K.K., 8793 Trofaiach

„Die Busse sollten auch am Samstag so fahren wie sonntags.“

E.N., 8793 Trofaiach

„Ich habe mich schon sehr oft wegen schlechter Busverbindungen am Samstag geärgert. Ich bin nicht mehr die Jüngste...“

I.K., 8793 Trofaiach

„Unsere Nordsiedlung ist in jeder Hinsicht ein Stiefkind, die Westsiedlung wird schon immer bevorzugt! Von der Gemeinde kommt keine Hilfe!“

F.W., 8793 Trofaiach



Damit Gabi Leitenbauer Vizebürgermeisterin bleibt



Stur für Gerechtigkeit



Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 3. März 2020

Schlechter Straßenzustand in Gimplach

Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer machte auf den schlechten Straßenzustand im Gimplach aufmerksam. Auch die Löcher in der Gimplach-Straße werden immer größer, so Leitenbauer. Sie wollte vom Bürgermeister wissen, wie lange die Anrainer noch auf eine Sanierung warten müssen. Bürgermeister Abl sagte Leitenbauer zu, die Behebung der Schäden gleich nach der Frostperiode in Auftrag zu geben.

Die Kinderkrippe in der Rebenburggasse bietet ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 neben einer Halbtagesbetreuung nun auch eine ganztägige Betreuung an. Dafür werden Adaptierungsarbeiten für den Kindergarten notwendig: Auftragsvergaben von insgesamt 50.340 Euro wur-

den in Direktvergaben beschlossen.

Freibad-Bufferterasse wird vergrößert

Die Bufferterasse ist oft überlastet, nun wird sie etwas vergrößert. 5.150 Euro wurden dafür freigegeben. Die Ölheizung im ehema-

ligen Gemeindeamt Hafning wird gegen eine Pelletsheizung ausgetauscht, die Auftragsvergabe in Höhe von 19.500 Euro wurde beschlossen.

Diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Umstrittene Direktvergaben

Bei vielen Auftragsvergaben für Bau- und Straßensanierungsarbeiten wurde in den letzten Jahren per Direktvergabe meistens nur eine einzige Firma beauftragt, ohne weitere Angebote einzuholen. Der Bürgermeister berief sich dabei immer wieder auf ein vor mehreren Jahren erstelltes

Angebot dieses Unternehmens als Bestbieter im Rahmen des Jahresbauvertrages 2017/2018. Seitdem gibt es keine neue Ausschreibung des Jahresbauvertrages. Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer befürchtet deshalb, daß die Vorgangsweise der Gemeinde hier rechtlich nicht korrekt sei. Außerdem könne sich die Gemeinde bei einer Neuausschreibung möglicherweise viel Geld sparen. Da geht es um hundertausende Euro allein im letzten Jahr.

Leitenbauer sah sich deshalb gezwungen, gegen die Beauftragung dieses Unternehmens per weiterer Direktvergabe zu stimmen.

Freunderlwirtschaft und Preisabsprachen

Seit langem gibt es bei vielen Bauaufträgen der Gemeinde Direktvergaben ohne Ausschreibungen. Viele Aufträge gingen an die Privatfirma von SPÖ-Gemeinderat Karl Pöschlmayer oder an die Firma des Ehemannes von ÖVP-Gemeinderätin Astrid Zeiler. Offenbar existiert ein „erlauchter“ Kreis ausgewählter Firmen, die regelmäßige Aufträge erhalten.

Andere Trofaiacher Firmen schauen durch die Finger und werden bei Ausschreibungen oft nicht einmal eingeladen. Solche Ungerechtigkeiten und Freunderlwirtschaft brachte die KPÖ immer wieder zu Sprache.

Auch gegen eine offenbar

manipulierte Anbotslegung bei der Ausschreibung des Großauftrages zum Umbau der alten Musikschule hat einzig die KPÖ Widerstand geleistet. Der Auftrag an den Generalunternehmer wurde trotzdem mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP vergeben. Erst Tage danach,

als die KPÖ aufgrund dieser ungeheuerlichen Vorgangsweise erneut protestierte, wurde die Auftragsvergabe storniert und eine neue Aus-

schreibung angekündigt. Bürgermeister Abl lehnte es ab, eine Untersuchung dieser Manipulationen durchführen zu lassen.

Achtung Querverbindungen!

Baumeister Gerhard Zeiler ist der Gatte von ÖVP-Gemeinderätin Astrid Zeiler. Gerhard Zeiler ist aber auch Geschäftsführer der Firma „baudesign+technik“. Diese Firma gehört SPÖ-Gemeinderat Karl Pöschlmayer. Pöschlmayer ist auch Vorsitzender des Bau- und Stadtentwicklungsausschusses im Trofaiacher Gemeinderat. Zudem sitzt er für die SPÖ im Prüfungsausschuß der Gemeinde. Für die ÖVP sitzt dort wiederum Astrid Zeiler. Und die Obfrau des Prüfungsausschusses ist Grün-Gemeinderätin Eveline Neugebauer – sie ist die Schwester von SPÖ-Mann Karl Pöschlmayer.

KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ bietet

Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortlicher Chefredakteur: Vzbgm. Gabi Leitenbauer. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

K O M M E N T A R

Helfen statt abkassieren!

W er dieser Tage die Pressekonzferenz der Landes-SPÖ zum Auftakt der Gemeinderatswahl verfolgt und sich inhaltliche Aussagen erwartet hat, wurde enttäuscht. Der allgemeine Politsprech dreht sich leider nur mehr um inhaltsleere Phrasen!

Dabei unterscheidet sich die SPÖ kaum mehr von der ÖVP. Das liegt daran, daß die Mainstream-Politik heute austauschbar geworden ist. Grundkonstante dieser Politik ist neoliberale Deregulierung, weitere Umverteilung von unten nach oben und das Umsetzen von EU-Vorgaben. Nachgebetet wird, was Unternehmenberater und so-

nannte „Experten“ vorgeben. Das gilt von der großen Politik bis in die Gemeindestuben. Kritik an diesem Kurs wird immer seltener.

Auch damit hat die steigende Politikverdrossenheit zu tun. Immer mehr Menschen haben diese Phrasen satt und wünschen sich von der Politik konkrete Antworten auf ihre Probleme.

Dabei haben steigende Mieten, zunehmende „Wild-West-Methoden“ in der Arbeitswelt, stagnierende Löhne und Gehälter vor allem bei den unteren Einkommen oder ein Gesundheitssystem, das immer mehr vom Geldbeutel abhängig ist, genau mit

dieser Mainstream-Politik zu tun.

Die KPÖ will anders sein! Sie spricht Dinge an, die vielen Menschen unter den Nägeln brennen. Daraus leitet sie ihre politischen Forderungen ab. In den Gemeindestuben genauso wie im Landtag: Erhalt der Spitalsstandorte, einen Gebührenstopp bei den Betriebskosten und eine Regulierung der Mieten damit auch Familien mit kleinen Einkommen sich das Wohnen wieder leisten können. Sie spricht die teils viel zu teuren Kinderbetreuungseinrichtungen ebenso an, wie vielfache Geldverschleuderung für sinnlose Prestige-



projekte. Besonders wichtig ist für unsere Mandatarinnen und Mandatäre, daß sie die sprichwörtliche Bodenhaftung behalten. Deswegen gibt es bei der KPÖ eine Gehaltbergrenze von 2.300 Euro. Wer aus einem Politeinkommen mehr verdient, liefert es an unseren Sozialfonds ab. „Helfen statt abkassieren“ lautet das Motto!

Gabi Leitenbauer
KPÖ-Vizebürgermeisterin
Tel. Büro 03842/ 22670

Gesundheitskasse: Der große Schwindel von ÖVP und FPÖ

Erinnern Sie sich? Die Schwarz-Blau Regierung versprach, daß die Zentralisierung der Gebietskrankenkassen zu einer einzigen Gesundheitskasse den Versicherten eine Milliarde an Kosten sparen würde – die sogenannte „Patientenmilliarde“. Herausgekommen ist, wovon viele gewarnt haben: das glatte Gegenteil. Die Kosten der Zentralisierung laufen aus dem Ruder. Statt plus eine Milliarde, minus 1,7 Milliarden bis 2024! Den Versicherten könnte das bald teuer zu stehen kommen.

Sozialminister Rudolf Anschober antwortete kürzlich auf eine parlamentarische Anfrage, daß die Fusionskosten bei der Gesund-

heitskasse alleine heuer ein Minus von 175,3 Millionen Euro ausmachen. Bis 2024 summiert sich das Minus gar auf 1,7 Milliarden Euro. Vor der Reform im Jahr 2018 machten die einzelnen Gebietskrankenkassen noch ein Plus von 111 Millionen Euro.

Jetzt will die neu eingesetzte Führung der ÖGK „den Gürtel enger schnallen“. Das könnten die Versicherten sehr bald zu spüren bekommen. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Den Versprechungen, daß es zu keinen Beitragserhöhungen, Selbstbehalten oder Leistungskürzungen kommen wird, ist wohl ebenso wenig zu trauen, wie der versprochenen Patientenmilliarde, die sich in Luft aufgelöst hat.“

Privilegienritter

Während Löhne, Gehälter, Pensionen und Arbeitslosengeld oft weit hinter der Geldentwertung zurück bleiben, gehen die Uhren bei unserem Bürgermeister anders.

Bürgermeister Mario Abl bezieht zwei saftige Vollzeitgehälter. Als Bürgermeister verdient er 6.819 Euro brutto 14-mal im Jahr.

Zusätzlich hat er ein Gehalt als Spitzenbeamter der Gemeinde. Er ist immer noch für das Gemeindepersonal zuständig, obwohl schon vor Jahren eine eigene Personalmanagerin aufgenommen wurde. Gleichzeitig ist Bürgermeister Abl Aufsichtsratsvorsitzender der Trofaiacher Stadtwerke.

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer hat den Bürgermeister darauf hingewiesen, daß sogar der Obmann des Gemeindebundes eine schiefe Optik ortet, wenn Bürgermeister

zwei hohe Gemeindegehälter beziehen. Mit dieser Kritik konfrontiert, meinte Abl, beide Gehälter stünden ihm zu. Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik.

Um möglichst vielen ihrer Gemeinderäte ein bezahltes Amt zu sichern, hat die SPÖ zusätzlich zu ihren bezahlten Ausschußobleuten weitere bezahlte SPÖ-Referenten eingeführt. Von 18 SPÖ-Gemeinderäten kassieren demnach schon 13 einen monatlichen Bezug, 14-mal im Jahr.

Aus der Mitte des Lebe

Kandidatinnen und Kandidaten für den Trof

Gabi Leitenbauer
Vizebürgermeisterin

„Vieles was in unserer Stadt passiert ist ungerecht und oft auch rechtlich bedenklich. Wir zeigen auf, was andere verheimlichen wollen!“



Manfred Rössler
Operationsgehilfe

„Ich kandidiere für die KPÖ, weil sie drauf schaut, daß sich auch Trofaiacher mit kleineren Einkommen das Wohnen leisten können. Obwohl die Stadtwerke enorme Gewinne schreiben, werden die Wasser-, Kanal- und Müllgebühren Jahr für Jahr erhöht.“



Dr. Christian Weiß
Verfahrenstechniker

„Gerade in der Raumordnung ist es immens wichtig die Interessen der betroffenen Bevölkerung zu vertreten. Unüberlegte Umwidmungen führen oft zu großen Nachteilen für die Anrainer.“



Patrick Pirner
Werksarbeiter, parteilos

„Einzig die KPÖ hat im Gemeinderat nein gesagt, als öffentliche Straßen im ehemaligen Gemeindegebiet von Gai zum Nachteil der dortigen Bewohner in öffentliche Interessentenwege umgewandelt wurden.“

Bernd Kaufmann
Landwirt, parteilos

„Viele Bürger der ehemaligen Gemeinden Gai und Hafring fühlen sich zu Recht benachteiligt. Durch die Gemeindefusion fließt zwar erheblich mehr Geld ins Gemeindebudget, trotzdem sind dort viele Straßen in einem schlechten Zustand und einige Siedlungen haben noch nicht einmal eine öffentliche Beleuchtung!“



DI Katharina Varadi-Dianat, Bäuerin, Agraringenieurin

„Ich kandidiere für die KPÖ weil sie Bürgerinitiativen unserer Bevölkerung immer aktiv unterstützt hat. Sei es bei der Verhinderung eines Golfplatzes im Naherholungsgebiet, eines Krematoriums mitten im Siedlungsgebiet oder im Zusammenhang mit den jahrelangen Belastungen der Anrainer durch eine Kompostieranlage.“



Astrid Högler
Pensionierte Pflegehelferin, parteilos

„Ich kandidiere für die KPÖ, weil sie sich für Kinderbetreuungseinrichtungen einsetzt, die sich alle Eltern leisten können. Die Kinderkrippen in unserer Stadt sind viel zu teuer.“



Helmut Edlinger
Pensionist

„Die meisten Politiker wissen nicht, wie es ist, mit 1.500 Euro oder weniger über die Runden zu kommen. Unser Bürgermeister ist da mit seinem Spitzenjob auf der Gemeinde plus Bürgermeistergehalt keine Ausnahme. Schluß damit!“



ns

Trofaiacher Gemeinderat

Mag. Winni Hofer Pensionierter AHS- Lehrer

„Ich kandidiere für die KPÖ, weil ich mich nicht damit abfinden will, daß die S-Bahn um Trofaiach weiterhin einen großen Bogen macht. Wenn unsere Gemeinde den Klimawandel wirklich ernst nimmt, muß eine S-Bahn endlich auch in unsere Stadt geführt werden.“



Renate Pontesegger Pensionistin, parteilos

„Egal ob Mieterberatung oder andere Anliegen der Trofaiacherinnen und Trofaiacher; die Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ haben immer ein offenes Ohr für unsere Bevölkerung!“

Franz Fuchslueger Baumeister, parteilos

„Die KPÖ ist die einzige Kraft im Gemeinderat, die gegen rechtliche Widersprüche auftritt. Seien es Verstöße im Zusammenhang mit den Begegnungszonen am Roßmarkt und in der Hauptstraße oder das Aufzeigen von Gefälligkeitsgutachten.“



... und weitere engagierte
Trofaiacherinnen
und Trofaiacher



LISTE 5 – GABI LEITENBAUER



KPÖ

1. Gabi Leitenbauer, Vizebürgermeisterin
2. DI Dr. Christian Weiß, Verfahrenstechniker
3. Bernd Kaufmann, Landwirt, parteilos
4. Astrid Högler, pensionierte Pflegehelferin, parteilos
5. Manfred Rössler, Operationsgehilfe
6. Patrick Pirner, Werksarbeiter, parteilos
7. DI Katharina Varadi-Dianat, Bäuerin, Agraringenieurin
8. Helmut Edlinger, Pensionist
9. Barbara Sagadin, Angestellte, parteilos
10. Gottfried Göschl, Angestellter, parteilos
11. Mag. Winni Hofer, pensionierter AHS-Lehrer
12. Heidemarie Kaufmann, Pensionistin, parteilos
13. Renate Pontesegger, Pensionistin, parteilos
14. Edith Hofer, zahnärztliche Assistentin
15. Werner Edlinger, Pensionist
16. Margaretha Leitenbauer, Pensionistin
17. Franz Fuchslueger, Baumeister, parteilos

Wir sagen JA:

KPÖ

Gebührensenkung
Kanal, Wasser, Müll

S-Bahn
für Trofaiach

Billigere Elternbeiträge
für Kinderkrippen

Nachvollziehbare
Gemeindebudgets



Stur für Gerechtigkeit

KPÖ

Gemeinderatsperiode 2015 bis 2020

Runter mit den Wasser-, Kanal- und Müllgebühren

Seit dem unsere Stadtwerke zur Hälfte an Judenburg verkauft wurden, stiegen die Gebühren für Wasser, Kanal, Müll, Strom und die Bestattung teils beträchtlich. Die Müllgebühren sind teilweise doppelt so hoch wie in Leoben. Die KPÖ hat durchgesetzt, daß für Ein- und Zwei-Personenhaushalte kleinere Müllbehälter eingeführt und die Gebühren dadurch billiger wurden. Trotz Rekordgewinnen der Stadtwerke lehnen SPÖ, ÖVP und Grüne unsere Anträge nach einer Gebührensenkung immer ab.



Kein Verkehrskonzept

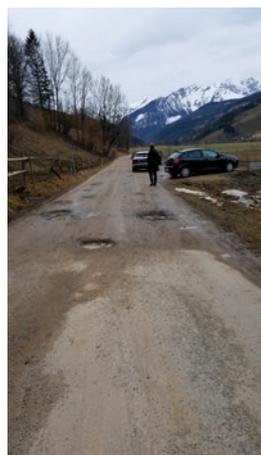


In Trofaiach gibt es Wohnsiedlungen, in denen Anrainer schon seit langem unter der gestiegenen Verkehrsbelastung leiden. So auch in der Bergmannsgasse. Die KPÖ fordert seit Jahren die Erstellung eines Verkehrskonzeptes, um den lärmgeplagten Bewohnern wieder mehr Lebensqualität zu sichern.

Auch in Gausendorf beschwerten sich Bewohner über den immer weiter zunehmenden Verkehr.

Trotzdem wurden kürzlich von SPÖ, ÖVP und FPÖ weitere 3.000 Quadratmeter Freiland zu Bauland umgewidmet und die berechtigten Einsprüche der Anrainer abgewiesen.

Gai, Hafning und Trofaiacher Peripherie stiefmütterlich behandelt



Durch die Fusion mit Gai und Hafning gibt es für das Trofaiacher Gemeindebudget beträchtlich mehr Geld. Trotzdem gibt es dort Straßen, die in einem extrem schlechten Zustand sind und Siedlungen ohne öffentliche Beleuchtung.

Straßen im ehemaligen Gemeindegebiet von Gai wurden gegen den Willen und zum Nachteil der Bewohner zu öffentlichen Interessenwegen umgewandelt. Für Erhaltung und Haftung müssen die Anrainer nun selbst aufkommen. Diese Ungerechtigkeit hat die

KPÖ im Gemeinderat aufgezeigt. Die Maßnahmen wurden dennoch von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen beschlossen.

Gleichzeitig sind Unsummen in Prestigeprojekte der Bürgermeisterpartei und in die sogenannte Innenstadtbelebung und diverse Beraterfirmen geflossen, bisher ohne greifbare Erfolge.

S-Bahn für Trofaiach

Was in vielen Regionen der Steiermark längst verwirklicht wurde, verhindert die Trofaiacher SPÖ seit Jahren beharrlich. Jetzt will die SPÖ die Bahntrasse so



umbauen, daß hier eine S-Bahn für alle Zukunft verhindert wird. Für die „Überlassung“ der Bahntrasse muß Trofaiach jährlich 17.000 Euro an das Land zahlen, beim Kauf der Trasse noch einmal 425.000 Euro. So wurde unser Bürgermeister von Landesrat Lang über den Tisch gezogen. Da hat die KPÖ nicht mitgemacht.

Geschäfte zum Nachteil der Gemeinde

Die Gemeinde hat die Liegewiese für das Freibad von drei regionalen Unternehmern zu einem extrem überbewerteten Preis erworben. Dem Gemeinderat wurde ein fragwürdiges Gefälligkeitsgutachten vorgelegt, das den Preis rechtfertigen sollte. Als erschütternde Draufgabe verpflichtete sich die Gemeinde, den Kaufvertrag im Nachhinein auch dann nicht anzufechten, sollte sich der Preis als überhöht herausstellen. Das hat die KPÖ aufgezeigt.

Auch die Neue Musikschule kam dem Trofaiacher Steuerzahler teuer zu stehen. Erst durch den Abschluß eines für die Gemeinde nachteiligen Mietvertrages stieg der Wert der Immobilie enorm. Nur so konnte der Eigentümer das Ge-



bäude um 1,4 Millionen Euro an die Gemeinde verkaufen. Auf's Neue wurden die Gemeinde und damit der Steuerzahler über den Tisch gezogen.

: Ein Rückblick



Billigere Kinderkrippen

Viele Eltern können sich die Kinderkrippen nicht leisten. Bis zu 334 Euro für eine ganztägige Betreuung sind viel zu teuer. Selbst mit einem kleinen Einkommen zahlt man immer noch 177 Euro. Die KPÖ hat ein sozial gestaffeltes Gebührenmodell, das den Namen verdient, gefordert. Der KPÖ-Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

So wird Geld beim Fenster hinausgeschmissen

Während für viele wichtige Maßnahmen angeblich kein Geld vorhanden ist, schüttete die Bürgermeisterpartei für fragwürdige Dinge das Füllhorn aus, als gäbe es kein Morgen. Zehntausende Euro werden Jahr für Jahr für sinnlose Aktionen verschwendet. Für fragwürdige Bodenmarkierungen, für Logos die keiner braucht, für Image-Werbefilme, für ein Beraterwesen und ähnliche Vorhaben.



Freibad länger offen

Früher schloß das Freibad immer mit Ende August seine Pforten. Auf Antrag der KPÖ bleibt es nun bis Schulbeginn offen.

Eltern zahlen weniger

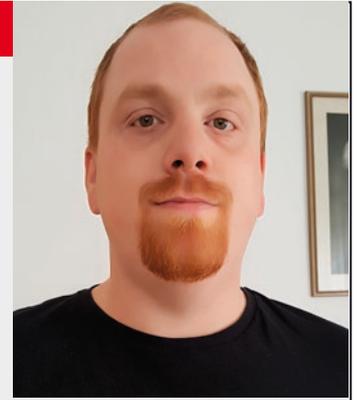
Die Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung in den Volksschulen Gai und Trofaiach waren sehr hoch. Auf Initiative der KPÖ wurden sie verbilligt.

Lewaldstraße und Krumpfenstraße endlich saniert

Die desolaten Lewaldstraße wurde nach permanentem Drängen der KPÖ generalsaniert, ebenso die Krumpfenstraße. Auf unseren Druck hin gibt es eine Beleuchtung am Radweg Gladen und in der Benediktahofgasse. Auch das Biotop in der Kehrgasse wurde auf unsere Initiative hin komplett saniert. Die KPÖ hat sich dafür eingesetzt, daß die Tür zum Ärztezentrum in der Kehrgasse durch eine elektrische, für ältere und behinderte Menschen leichter zu öffnende Eingangstür ersetzt wurde. Beim Busterminal wird das von uns geforderte WC nun errichtet.

Kommentar

Wer schaut auf uns Arbeiter?



*F*ür viele Arbeiter wird die Arbeitswelt immer mehr zu einer Antreiberei. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes führt zunehmend zu höherem Arbeitsdruck und ungeschützten Arbeitsverhältnissen von immer mehr Beschäftigten. Gleichzeitig bleiben die Löhne gerade bei den unteren und mittleren Einkommen seit Jahren hinter der steigenden Teuerung zurück. In vielen Betrieben gibt es nicht einmal einen Betriebsrat. Auch die Leiharbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Gerade in diesem Bereich gibt es für die betroffenen Arbeiter oft große Nachteile, weil sich gerade auf diesem Sektor zahlreiche schwarze Schafe bewegen, die die Rechte dieser Beschäftigten umgehen um möglichst hohe und schnellen Profite zu erwirtschaften. Und auch,

um diese gegen die eigene Stammebelegschaft auszuspielen weil Leiharbeiter oft zu wesentlich schlechteren Bedingungen arbeiten müssen.

Die große Politik leistet diesen Praktiken in der Arbeitswelt seit Jahren immer mehr Vorschub. Statt soziale und arbeitsrechtliche Bestimmungen zu verbessern, geschieht das Gegenteil. Unter dem Schlagwort der Konkurrenzfähigkeit werden die Rechte der Beschäftigten immer weiter abgebaut: Stichwort 12-Stunden Arbeitstag bzw. 60-Stunden Woche. Da ist es wichtig, daß es eine politische Kraft gibt, die auf uns Arbeiter nicht vergißt. Deshalb kandidiere ich diesmal auf der Liste der KPÖ für den Gemeinderat.

Patrick Pirner,
Betriebsrat

Was uns ein- und auffällt...

...daß die neue Bundesregierung die **Einkommengrenzen für die Rot-Weiß-Rot Karte** deutlich senken will, um aus Drittländern nun auch ungelernete Arbeitskräfte zum Zwecke des Sozialdumpings nach Österreich zu holen. Und das bei 32.000 Asylberechtigten in unserem Land die keinen Job haben.

...daß sich angesichts der Coronavirus-Epidemie

der Wahnsinn der **neoliberalen Globalisierung** auch dem fanatischsten Globalisierungsverfechter offenbaren sollte. Nicht nur in der Medikamentenproduktion wurde aus reinen Profitgründen der Großteil der Wirkstoffproduktion nach Indien und China verlagert und somit bei einer Unterbrechung der Produktionsketten manche lebenswichtigen Medikamente oft wochenlang nicht vorrätig sind.

UMFRAGE

Teure Kinderkrippe

Das sozial gestaffelte Gebührenmodell für Kindergärten gilt leider nicht bei Kinderkrippen. Das eigene Trofaiacher Modell ist alles andere als sozial. Auch Familien mit ganz geringen Einkommen zahlen monatlich für die Ganztageskrippe mindestens 176,70 Euro im Monat. Die KPÖ wollte ein wirklich soziales Modell durchsetzen. Das wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Wir brauchen ein Gesetz gegen Flächenfraß und Zubetonierung der Landschaft

Flächenverbrauch und Bodenversiegelung sind ein massives Problem in der Steiermark. KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg fordert wirksames Gesetz.

Es ist dringend nötig, das kurz vor der Landtagswahl überhastet beschlossene Raumordnungsgesetz zu überarbeiten. KPÖ-LAbg. Werner Murgg erneuerte im Landtag daher die Forderung der KPÖ, dem Zubetonieren von Grünraum einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben.

Die Entwicklung von Siedlungen „auf der grünen Wiese“ ist leider nach wie vor möglich. Die Anzahl brachliegender Gebäude nimmt zu und immer mehr Ortskerne veröden. Eine zerstreute Siedlungsstruktur erhöht nicht nur die Kosten der Gemeinden für die Anbindung an die örtliche Infrastruktur, sondern führt zu starker Abhängigkeit vom Auto: Der Weg ins nächste Geschäft, in die Arbeit und zur Schule, zum Arzt und zum Bahnhof sind sonst kaum noch möglich. Das Bauen von Einkaufs- und Fachmarktzentren außerhalb der Ortszentren verstärkt die Problematik.

Täglich verschwindet in der Steiermark die Fläche von drei Fußballplätzen unter Beton. Gleichzeitig stehen in Österreich 50.000 Wohn- und Geschäftsimmobilien leer. Ein wesentlicher „Flächenfresser“ sind Einkaufszentren. Österreich weist mittlerweile eine rekordverdächtig hohe Dichte an Einkaufs- und Fachmarktzentren auf. Für Parkplätze wird Boden großflächig versiegelt. Werden Hallen und Gewerbeanlagen nicht mehr genutzt, bleiben sie einfach stehen.

Die KPÖ hat im Landtag konkrete Vorschläge gemacht, wie diese verhängnisvolle Entwicklung gestoppt werden kann. SPÖ und ÖVP lehnen bis jetzt aber jede Änderung im Interesse der Umwelt ab. Trotzdem wird kein Weg an einer Neuregelung der Raumordnung vorbeiführen, wenn unsere Landschaft in Zukunft noch wiedererkennbar sein soll.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Soziales Gebührenmodell für Kinderkrippen?

JA NEIN

Ich finde die Kinderkrippengebühren sollten billiger sein.

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

TROFAIACHER NACHRICHTEN

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

**Für leistbares Wohnen!
Für niedrigere Gebühren!
Für Sie im Gemeinderat!**

IN TROFAIACH:



KPÖ